

Newsletter aus Brüssel

10.7.2015, Ausgabe 6

IG Metall Verbindungsbüro



Inhalt

- Das "Nein" der Griechen – ein "Ja" zu einem gerechteren Europa
- TTIP: EU-Parlament beschließt Resolution
- Startschuss für mehr Investitionen in Europa – EU-Parlament stimmt "Juncker-Plan" zu
- Wichtiger Etappensieg im Kampf gegen die "Ein-Personen-Gesellschaft"
- Leitlinien der EU-Industriepolitik enttäuschend
- Neufestlegung der CO2-Grenzwerte bei PKW nicht zu Lasten der Beschäftigten
- REFIT – Europäische Gewerkschaften warnen vor stillschweigendem Abbau von Arbeitnehmerrechten

Das "Nein" der Griechen – ein "Ja" zu einem gerechteren Europa

Das Ergebnis des Referendums in Griechenland am 5. Juli 2015 ist kein Nein zum Euro und kein Nein zu Europa. Davon sind die Gewerkschaften in ganz Europa überzeugt. Sie fordern Verhandlungen zu fairen Bedingungen und eine schnelle Einigung auf Unterstützungsmaßnahmen, die das Land nachhaltig sozial und wirtschaftlich stabilisieren.

Mit großer Mehrheit hat die griechische Bevölkerung mit Nein gestimmt. "Nein" gegen die Fortsetzung der Austeritätspolitik. Denn die hat das Land nicht aus der Krise geführt – im Gegenteil: Die soziale Lage hat sich massiv verschlechtert, die Jugendarbeitslosigkeit ist drastisch angestiegen und Millionen Menschen sind von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen. In seiner Rede im Europäischen Parlament am 8. Juli 2015 warf der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras der Troika bzw. den Institutionen vor, Griechenland zu einem "Versuchslabor für Sparpolitik" gemacht zu haben. Er räumte jedoch auch ein, dass die Griechen an der dramatischen Lage ihres Landes mitschuldig sind. Es geben eine "Vetternwirtschaft zwischen Politik und Wirtschaft". Reiche zahlten keine Steuern, Oligarchen, Banken und Reiche bildeten ein "Dreieck der Korruption". Tsipras versicherte, er wolle gegen diese "Kartelle" und die Steuerhinterziehung vorgehen. Seine Regierung kämpfe nicht gegen die EU sondern gegen das eigene Establishment. Er kämpfe für ein gerechteres Griechenland – und für ein gerechteres Europa.

Das Nein der griechischen Bevölkerung ist keine Ablehnung des Euros und keine Ablehnung der Europäischen Union. So sehen es auch Gewerkschaften europaweit. In einer Erklärung des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes heißt es, sowohl auf der Seite der griechischen Regierung als auch auf Seiten der Gläubiger seien Fehler gemacht worden. Doch Schuldzuweisungen helfen in dieser Situation keine Zentimeter weiter – jetzt müssen die Verhandlungen wieder aufgenommen werden, so der Appell des DGB. Griechenland brauche eine Brückenfinanzierung oder Umschuldung, die die langfristige Zahlungsfähigkeit wieder herstelle. Es seien kurz- und mittelfristige Perspektiven für Wachstum, Investitionen und damit für Beschäftigung notwendig. In einem offenen Brief des Europäischen Gewerkschaftsbundes sprechen sich auch Gewerkschaften aus ganz Europa für faire Verhandlungen sowie sozial und wirtschaftlich nachhaltige Unterstützungsmaßnahmen aus. Sie mahnen: "Wir stehen an einem Wendepunkt in der Geschichte der Europäischen Union. Die EU sollte es sich vorher gut überlegen, bevor sie Griechenland aus der Eurozone stoße. Jetzt ist der Moment zu zeigen, was es heißt, eine europäische Gemeinschaft zu sein."

- [DGB-Erklärung zu Griechenland](#)
- [Erklärung des EGB zu Griechenland](#)

TTIP: EU-Parlament beschließt Resolution

Das Europäische Parlament hat am 8. Juli 2015 eine Resolution zum geplanten Freihandelsabkommen der EU mit den USA, TTIP, verabschiedet. Die ursprünglich im Juni angesetzte Abstimmung war verschoben worden.

Die Europaabgeordneten stimmten im Plenum mit klarer Mehrheit für die vom Handelsausschuss vorgeschlagene Resolution zu TTIP. Damit legten sie die Position des EU-Parlaments für die weiteren Gespräche über das Freihandelsabkommen fest. Das Votum der Abgeordneten ist für die Verhandlungsführer zwar nicht bindend, aber von hoher politischer Bedeutung. Denn ohne die Zustimmung des Parlaments kann letztendlich keine TTIP-Vereinbarung abgeschlossen werden.

Zentrale Forderungen der Gewerkschaften wurden im verabschiedeten Resolutionstext berücksichtigt. So sprechen sich auch die Europaabgeordneten für eine verbindliche Ratifizierung und Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen aus. Verstöße gegen Arbeitnehmerrechte sollen sanktioniert werden können. Mit Blick auf die Absage an Sonderklagerechte von Investoren gegenüber Staaten (ISDS) sei ein großer Schritt in die richtige Richtung unternommen worden. Es besteht allerdings nach Ansicht der Gewerkschaften noch Nachbesserungsbedarf. Für die IG Metall ist klar: "Kein TTIP mit Vereinbarungen zum Investorenschutz, die die Arbeitnehmerrechte schwächen, oder die Möglichkeiten eines Staates beschränken, sinnvolle Regelungen im Interesse der Bevölkerung oder der Umwelt zu erlassen."

Startschuss für mehr Investitionen in Europa – EU-Parlament stimmt "Juncker-Plan" zu

Am 24. Juni 2015 sprachen sich die Abgeordneten des Europaparlaments mehrheitlich für die Investitionsstrategie der EU-Kommission und den dafür vorgeschlagenen Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) aus. Die IG Metall befürchtet allerdings, dass die finanzielle Ausstattung des EFSI von Anfangs 21 Milliarden Euro nicht ausreicht, um ein angestrebtes Investitionsvolumen von 315 Milliarden Euro anzustoßen.

Das Europaparlament hat das Investitionspaket der EU-Kommission, den sogenannten Juncker-Plan, am 24. Juni 2015 angenommen. Herzstück des Plans ist der EFSI. Dieser Fonds soll mit 21 Milliarden Euro Garantien für private und öffentliche Investoren übernehmen, und damit einen erheblichen Teil des Verlustrisikos der Investoren absichern. Im Vorfeld der Plenarabstimmung hatten die Europaabgeordneten noch zentrale strukturelle Änderungen des Kommissionsvorschlages erwirken können. So setzten sie u.a. durch, dass die Liste der geförderten Projekte öffentlich zugänglich gemacht werden muss. Auch wurden Kriterien für die Förderfähigkeit der Projekte festgesetzt, damit ausschließlich Projekte mit einem hohen sozialen und wirtschaftlichen Mehrwert in die Programme aufgenommen werden.

Die IG Metall begrüßt die Investitionsoffensive der EU. Sie befürchtet aber, dass die bisherige finanzielle Ausstattung des EFSI nicht die erhoffte Hebelwirkung erzielen könnte. "Ob sich mit diesem Hebel das erwartete Volumen von 315 Milliarden einstellt, also ob sich private Investoren tatsächlich dadurch zu langfristigen Investitionen animieren lassen, ist fraglich", sagte Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Lemb hatte im Vorfeld der Debatte die Festschreibung einer direkten finanziellen Beteiligung der EU-Mitgliedsstaaten an dem Fonds befürwortet. Die Idee einer Trägerschaft der Mitgliedstaaten fand jedoch im Rat keine Mehrheit. Immerhin kündigten nun 7 Mitgliedstaaten an, sich freiwillig finanziell zu beteiligen, beispielsweise über nationale Investitionsbanken. Lemb hatte außerdem vorgeschlagen, dass große Vermögen eine Abgabe leisten sollten, die unmittelbar in den EFSI fließe. Er bekräftigte diesen Vorschlag erneut: "Wir glauben, dass Menschen mit einem Vermögen von fünf Millionen Euro, bei Ehepaaren mit zehn Millionen Euro, durchaus einen Beitrag zu diesem Fonds leisten können."

Der EFSI ist Anfang Juli 2015 offiziell an den Start gegangen.

Wichtiger Etappensieg im Kampf gegen die "Ein-Personen-Gesellschaft"

Am 23. Juni 2015 lehnte der Beschäftigungsausschuss im Europaparlament den Kommissionsvorschlag zur "Ein-Personen-Gesellschaft" ab. Die IG Metall begrüßt diese Entscheidung und fordert nun die Europaabgeordneten des federführenden Rechtsausschusses dazu auf, ebenfalls gegen den Vorschlag zu stimmen.

Die EU-Kommission hatte im April 2014 einen Vorschlag vorgelegt zur Zulassung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem einzigen Gesellschafter – "Societas

Unius Personae", kurz: SUP. Mit diesem Richtlinienvorschlag strebt die Kommission an, "potentiellen Unternehmensgründern und insbesondere KMU die Gründung von Gesellschaften im Ausland zu erleichtern." Die IG Metall unterstützt grundsätzlich das Ziel, grenzüberschreitende Tätigkeiten von KMU zu erleichtern. Sie lehnt allerdings den konkreten Kommissionsvorschlag ab, weil er ihrer Ansicht nach Lohn- und Sozialdumping Tür und Tor öffnet. Die neue Richtlinie würde es ermöglichen, Satzungs- und Verwaltungssitz eines Unternehmens auf verschiedene EU-Mitgliedstaaten aufzuspalten. Ein Unternehmen könnte sich also gezielt in einem Mitgliedstaat registrieren lassen, der geringe Anforderungen an das Wirtschafts- und Sozialsystem stellt. Seine Geschäftstätigkeit dürfte dieses Unternehmen aber zugleich in einem anderen Mitgliedstaat mit einem hohen Schutzniveau, beispielsweise Deutschland, ausüben, ohne an dieses Schutzniveau gebunden zu sein. Dadurch besteht die Möglichkeit eines ruinösen Wettbewerbs von Steuer- und Sozialstandards.

Die IG Metall begrüßt das Abstimmungsergebnis des Beschäftigungsausschusses im Europaparlament: Mit klarer Mehrheit nahezu aller politischen Fraktionen stimmten die Abgeordneten gegen SUP, weil sie die Gefahren von Scheinselbstständigkeit, die Umgehung von Mindeststandards beim ArbeitnehmerInnenschutz und Geldwäsche sehen. Dieses Ergebnis ist ein wichtiger Etappensieg im Kampf gegen eine Gefährdung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa, so die IG Metall. Nun steht die Abstimmung im federführenden Rechtsausschuss an, voraussichtlich im November 2015. Zusammen mit anderen Gewerkschaften europaweit fordert die IG Metall die Europaabgeordneten auf, sich ebenfalls im Rechtsausschuss gegen SUP auszusprechen, und so ein klares Zeichen für die Plenardebatte zu setzen.

- Positionspapier des DGB zu SUP

Leitlinien der EU-Industriepolitik enttäuschend

EU-Industriekommissarin Elzbieta Bienkowska hat am 23. Juni 2015 in einem Grundsatzpapier an den Rat sowie einer Rede im Europaparlament die lange erwarteten Leitlinien vorgestellt, an denen sich Industriepolitik der EU-Kommission in den kommenden Jahren ausrichten soll.

Im Mittelpunkt des Konzeptes zur EU-Industriepolitik steht die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie, erklärte Kommissarin Bienkowska. Zur Schaffung eines "günstigen Investitionsklimas" will man sich grundsätzlich auf eine horizontale Industriepolitik konzentrieren, anstatt einzelne Sektoren, Branchen oder Märkte zu fokussieren. Das Konzept zur EU-Industriepolitik stützt sich nach den Vorschlägen der Kommissarin insgesamt auf drei Säulen: Ausbau globaler Wertschöpfungsketten, Förderung von Innovation und bessere Rechtsetzung. Insbesondere KMU sollen bei der Integration in europäische und globale Wertschöpfungsketten unterstützt werden. Eine große Herausforderung stehe der Automobilindustrie bevor angesichts von "customized mass production" und der steigenden Nachfrage nach der "Dienstleistung Mobilität". Bei der Förderung von Innovation setzt die Kommission auf die Potentiale der Digitalisierung der Industrie, der Ressourcen- und Energieeffizienz sowie der Niedrig-Emissions-Technologie. Im Sinne der "besseren Rechtsetzung" will Bienkowska einen wachstumsfördernden Rahmen "ohne unnötige regulatorische Bürden" schaffen.

Die IG Metall betrachtet das vorgestellte Konzept zur EU-Industriepolitik mit Skepsis.

Arbeitnehmervertreter spielen in dem Grundsatzpapier keine Rolle, Sozialpartner finden lediglich im Kontext besserer Qualifikationen für den Arbeitsmarkt Erwähnung. "Die vorgestellten Leitlinien einer zukünftigen EU-Industriepolitik sind insgesamt enttäuschend", äußerte sich Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. "Industriepolitische Impulse sind so nicht von der Kommission zu erwarten. Ihr 20%-Ziel für eine Re-Industrialisierung hat sie faktisch aufgegeben. Außerdem könnten für die IG Metall zentrale Themen wie Industrie 4.0 an den Rand gedrängt werden."

Neufestlegung der CO2-Grenzwerte bei PKW nicht zu Lasten der Beschäftigten

Die EU-Kommission hat mit einer hochrangigen Konferenz am 18. Juni 2015 eine neue Debatte zur EU-weiten Regulierung der CO2-Emissionen von PKW eröffnet. Die IG Metall fordert das Thema Beschäftigung stärker in der Debatte zu berücksichtigen.

Die EU-Kommission wird mit der anstehenden Regulierung der CO2-Grenzwerte bei PKW für die Zeit nach 2020 neue Standards setzen. Dies kündigte EU-Klimakommissar Miguel Arias Cañete auf einer eintägigen Stakeholder-Konferenz in Brüssel an. "Diese Zielvorgaben werden ambitioniert aber machbar sein", so der Kommissar. Unter dem Motto "Driving Road Decarbonisation Forwards" diskutierten auf der gleichnamigen Konferenz rund 400 geladene Gäste aus Unternehmen, Industrieverbänden und Nichtregierungsorganisationen des gesamten Verkehrssektors mit Vertretern der EU-Kommission. Neben Klimakommissar Cañete beteiligten sich Transportkommissarin Violeta Bulc und Industriekommissarin Elzbieta Bienkowska an der Debatte. Cañete sagte in seiner Keynote, die Kommission vertrete einen Ansatz, bei dem der gesamte Transportsektor in den Blick genommen werde. Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie dürfe allerdings nicht gefährdet werden, so Cañete. In einigen EU-Mitgliedstaaten gäbe es bereits ausgewogene Programme, alte Fahrzeuge durch CO2-arme PKW zu ersetzen. Diese Best Practice Beispiele müssten auf die gesamte EU ausgeweitet werden. Die IG Metall, die auf Einladung von Kommissar Cañete an der Konferenz teilnahm, begrüßt diesen Ansatz. Sie fordert aber eine Beteiligung der Gewerkschaften an den Verhandlungen zur CO2-Regulierung und eine Folgenabschätzung im Vorfeld hinsichtlich der Auswirkungen auf die Beschäftigten. Am europäischen Automobilsektor hängen derzeit 12,7 Millionen Arbeitsplätze. Beschäftigungsmotor der Branche ist ihre hohe Innovationsdynamik. Diese Innovationsfähigkeit muss erhalten bleiben. Außerdem sind zusätzliche Investitionen in Forschung und Entwicklung nötig. Nur so lassen sich nach Ansicht der IG Metall positive beschäftigungspolitische Wirkungen generieren.

REFIT – Europäische Gewerkschaften warnen vor stillschweigendem Abbau von Arbeitnehmerrechten

Die EU-Kommission hat ein Paket zur "effizienteren und ergebnisgerechten Rechtsetzung, Entscheidungsfindung und Politikgestaltung in der EU" – kurz: **Paket zur Besseren Rechtsetzung – vorgeschlagen. Gewerkschaften befürchten einen Abbau von Arbeitnehmerrechten und sehen den Plänen skeptisch entgegen.**

Seit 2001 arbeitet die EU-Kommission an der "Vereinfachung" der Europäischen Rechtsetzung und dem Abbau von "bürokratischen Hürden". Ende 2012 startete sie das REFIT-Programm – "Regulatory Fitness and Performance": EU-Regelungen sollen dahingehend überprüft werden, ob sie angeblich "zu kompliziert" sind oder "zu große Verwaltungslasten" darstellen, und ob sie zieladäquat sind ("fit for purpose"). Die Kommission legte im Oktober 2013 eine erste Bestandsaufnahme und Ausblick des Programms vor. Außerdem kündigte sie an, zukünftig jährlich einen Anzeiger (Scoreboard) mit Vorschlägen der zu prüfenden Rechtsakte zu veröffentlichen. Mit dem nun verabschiedeten Paket zur Besseren Rechtsetzung am 19. Mai 2015 veröffentlichte die Kommission auch eine aktuelle Agenda des REFIT-Programms.

Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und Mitglied der Exekutive des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), warnt: "Das Paket zur angeblich Besseren Rechtsetzung bietet zahlreiche Möglichkeiten für die EU-Kommission und wirtschaftsnahe Akteure, Regelungen der Sozial-, Umwelt-, und Verbraucherschutzpolitik zu verhindern, zu verzögern und abzuschaffen. Unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus könnten bereits bestehende gute und hart erkämpfte Standards zum Schutz am Arbeitsplatz zurückgefahren werden." Lembs Fazit ist daher: "Wenn Arbeitnehmerrechte zu bürokratischen Hürden erklärt werden, ist das Etikettenschwindel. Es geht hier nicht um weniger Bürokratie, es geht um den Abbau von Sozialstandards. Da machen wir nicht mit."

Auf der Exekutivsitzung des EGB am 17. und 18. Juni 2015 verabschiedete Lemb zusammen mit den anderen EGB-Vorstandsmitgliedern eine Resolution gegen das Paket zur "Besseren Rechtsetzung" der EU-Kommission.

- **EGB-Resolution gegen das Paket zur Besseren Rechtsetzung der EU-Kommission**

Herausgeber: IG Metall Vorstand
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb
Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels
Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: newsletter-bruessel@igmetall.de



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)